

Staatsrecht

Bartmeier / Holzberg / Nibbeling / Smoydzin

5. Auflage 2024
ISBN 978-3-406-82011-3
C.H.BECK

schnell und portofrei erhältlich bei
beck-shop.de

Die Online-Fachbuchhandlung beck-shop.de steht für Kompetenz aus Tradition. Sie gründet auf über 250 Jahre juristische Fachbuch-Erfahrung durch die Verlage C.H.BECK und Franz Vahlen. beck-shop.de hält Fachinformationen in allen gängigen Medienformaten bereit: über 12 Millionen Bücher, eBooks, Loseblattwerke, Zeitschriften, DVDs, Online-Datenbanken und Seminare. Besonders geschätzt wird beck-shop.de für sein umfassendes Spezialsortiment im Bereich Recht, Steuern und Wirtschaft mit rund 700.000 lieferbaren Fachbuchtiteln.

Bartmeier/Holzberg/Nibbeling/Smoydzin



Staatsrecht


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Staatsrecht

von

André Bartmeier

Dozent an der HSPV NRW

Ralf Holzberg

Dozent und Leiter der Abteilung Duisburg der HSPV NRW

Dr. jur. Joachim Nibbeling

Professor an der HSPV NRW

Jochen Smoydzin

Dozent an der HSPV NRW

5. Auflage 2024

Zitiervorschlag: Bartmeier/Holzberg/Nibbeling/Smoydzin StaatsR Rn.



ISBN 978 3 406 82011 3

© 2024 Verlag C.H. Beck
Wilhelmstraße 9, 80801 München

Druck und Bindung: Beltz Grafische Betriebe GmbH
Am Fliegerhorst 8, 99947 Bad Langensalza

Satz: Fotosatz Buck,
Zweikirchener Straße 7, 84036 Kumhausen

Umschlag: Martina Busch Grafikdesign, Homburg Saar
© Elena Genova, iStockphoto



Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Alle urheberrechtlichen Nutzungsrechte bleiben vorbehalten.
Der Verlag behält sich auch das Recht vor, Vervielfältigungen dieses Werkes
zum Zwecke des Text and Data Mining vorzunehmen.

Vorwort zur 5. Auflage

Solide Kenntnisse im Staatsrecht sind für angehende Polizeibeamte und Polizeibeamtinnen unerlässlich. Zum einen greifen polizeiliche Maßnahmen regelmäßig in Grundrechte des Bürgers ein, zum anderen müssen Polizeibeamte und Polizeibeamtinnen Kenntnisse über die Staatsorganisation und die Grundprinzipien unserer Verfassung haben.

Ziel dieses Lehrbuches ist es, die Fülle des staatsrechtlichen Stoffes studiumsrelevant zu begrenzen sowie strukturiert und klar zu vermitteln. Dabei soll das Staatsrecht speziell für die Studierenden der Polizei aufbereitet werden, da die bereits vorhandene Vielfalt an universitärer Lehrbuchliteratur zum Staatsrecht den Bedürfnissen gerade dieser Zielgruppe nur unzureichend gerecht wird. Dementsprechend sind die Inhalte dieses Lehrbuchs eng an das Curriculum des Moduls 2.1 „Staatsrecht“ im Grundstudium sowie an das Modul 2.2.2 „Freiheits- und Partizipationsrechte“ im Hauptstudium des Bachelorstudiengangs Polizeivollzugsdienst an der Hochschule für Polizei und Verwaltung Nordrhein-Westfalen (HSPV NRW) angelehnt.

Nach der Vermittlung staatsorganisationsrechtlicher „Basics“ zur Verfassungsgeschichte und den Verfassungsprinzipien des Grundgesetzes zu Beginn des Lehrbuchs, liegt der anschließende Schwerpunkt bei der Darstellung ausgewählter polizeirelevanter Grundrechte, die für das Studium an der HSPV NRW und anderen Polizeihochschulen von Bedeutung sind. Dabei werden die einzelnen Grundrechte jeweils orientiert an dem an der HSPV NRW im Staatsrecht gängigen Prüfungsaufbau besprochen, sodass die relevanten Inhalte prüfungsrelevant aufbereitet werden. Das abschließende Kapitel dient der Prüfungsvorbereitung und soll die Bearbeitung staatsrechtlicher Aufgabenstellungen näher erläutern sowie anhand einer Übungsklausur für das Grundstudium den Wissenstransfer in ein juristisches Gutachten sicherstellen. Für das Hauptstudium wird dies durch ein Beispiel der neuen Prüfungsform „Aktenbearbeitung“ sowie eine Klausurübung gewährleistet. Durchgängig fördern zahlreiche Übersichten, Fallbeispiele und Formulierungshilfen den Wissenserwerb und -transfer in die Prüfungspraxis. Literatur- und Rechtsprechungshinweise zu Beginn jedes Kapitels dienen dem Selbststudium und sollen die wissenschaftliche Vertiefung einzelner Themen im Rahmen von Haus-, Seminar- und Thesarbeiten erleichtern. Die Lösungshinweise zu den Ausgangsfällen und die Kontrollfragen am Ende der Kapitel sollen eine stetige Lernkontrolle ermöglichen.

Die vorliegende Neuauflage deckt alle staatsrechtlichen Inhalte des Grund- und Hauptstudiums ab und bietet ausführliche Übungsbeispiele für mögliche Klausur- oder Aktenbearbeitungsaufgaben. Literatur und Rechtsprechung sind bis Mai 2024 berücksichtigt.

Über Rückmeldungen, Anregungen, Lob und Kritik freuen wir uns weiterhin.

Köln, im Mai 2024

André Bartmeier Joachim Nibbeling Ralf Holzberg Jochen Smoydzin



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Inhaltsverzeichnis

Vorwort zur 5. Auflage	V
Abkürzungsverzeichnis	XVII
Literaturverzeichnis	XXI
Abbildungsverzeichnis	XXIII
1. Kapitel. Einführung in das Staatsrecht – Relevanz für das Studium und die polizeiliche Praxis	1
A. Grundrechtsrelevanz polizeilichen Handelns	1
B. Bedeutung allgemeiner verfassungsrechtlicher Kenntnisse für Polizeibeamte	3
C. Kontrollfragen	3
2. Kapitel. Staatsorganisationsrecht	5
A. Verfassungsgeschichtliche Entwicklung und Aufbau des Grundgesetzes	5
I. Entstehung und Entwicklung des Grundgesetzes	5
1. 1848/49 Märzrevolution/Paulskirchenverfassung	5
2. 1850 Preußische Verfassung	6
3. 1871 Reichsverfassung	6
4. 1919 Weimarer Reichsverfassung	6
5. 1933–1945 Nationalsozialismus	7
6. 1945–1949 Verfassungsentwicklung in der unmittelbaren Nachkriegszeit in den westlichen Besatzungszonen	7
7. 1949 Verabschiedung des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland	8
8. 1945–1949 Verfassungsentwicklung in der sowjetischen Besatzungszone bzw. in der Deutschen Demokratischen Republik	8
9. 1949–1989 Verhältnis zwischen Bundesrepublik Deutschland und Deutscher Demokratischer Republik	9
10. 1989/1990 Wiedervereinigung	9
11. 1949–2022 Überblick über wichtige Änderungen des Grundgesetzes	10
II. Aufbau und System des Grundgesetzes	12
1. Gesamtaufbau	12
2. Bedeutung der Grundrechte	13
3. Geltungsbereich und Änderungen des Grundgesetzes	14
a) Zeitliche Geltung und Änderungen des Grundgesetzes .	14

b) Räumliche Geltung	14
c) Personelle Geltung	14
4. Stellung des Grundgesetzes im Rechtssystem	15
III. Kontrollfragen	16
B. Verfassungsprinzipien des Grundgesetzes	16
I. Überblick	16
II. Republik als Staatsform	17
III. Demokratieprinzip	18
1. Allgemeine Merkmale des Demokratieprinzips	18
a) Definition des „Volkes“ als Träger der Staatsgewalt	18
b) Geltung des Demokratieprinzips	19
c) Abgrenzung mittelbare und unmittelbare Demokratie ..	20
d) Mehrheitsprinzip und Minderheitenschutz	20
2. Ausübung der Staatsgewalt in Wahlen	21
a) Wahlsystem	21
b) Einzelne Wahlrechtsgrundsätze	24
3. Ausübung der Staatsgewalt in Abstimmungen	27
4. Staatliches Handeln und Demokratieprinzip	27
a) Demokratische Legitimation der gesetzgebenden Organe	27
b) Demokratische Legitimation der Organe der Exekutive ..	28
c) Demokratische Legitimation der Organe der Judikative ..	29
IV. Sozialstaatsprinzip	29
V. Bundesstaatsprinzip	31
1. Verankerung und Funktion	31
2. Begriff des Bundesstaates	32
3. Verhältnis von Bund und Ländern	34
4. Aufgaben zwischen Bund und Ländern	35
5. Grundsatz des „bundesfreundlichen Verhaltens“	37
6. Aufbau der Polizei im Bundesstaat	37
VI. Rechtsstaatsprinzip	38
1. Verankerung und Funktion	38
2. Grundsatz der Gewaltenteilung	39
3. Verfassungs- und Grundrechtsbindung der Staatsorgane insbesondere der Legislative	41
4. Grundsatz der Gesetzmäßigkeit staatlichen Handelns	44
a) Vorrang des Gesetzes	45
b) Vorbehalt des Gesetzes	45
c) Formelle und materielle Gesetze	46
5. Übermaßverbot	48
6. Staatlicher Rechtsschutz	52
VII. Kontrollfragen	53

3. Kapitel. Grundrechtslehre und Grundrechte in der polizeilichen Fallbearbeitung	55
A. Einführung in die Grundrechtslehre	55
I. Funktionen der Grundrechte	55
1. Subjektiv-rechtliche Funktion der Grundrechte	56
a) Grundrechte als Abwehrrechte	56
b) Grundrechte als Leistungsrechte	56
c) Grundrechte als Mitwirkungsrechte	57
2. Objektiv-rechtliche Funktion der Grundrechte	57
II. Grundrechtsarten	59
1. Freiheitsgrundrechte	59
2. Gleichheitsgrundrechte	61
III. Grundrechtsverpflichtete	61
IV. Grundrechtsberechtigte	61
1. Natürliche Personen als Grundrechtsberechtigte	62
2. Juristische Personen als Grundrechtsberechtigte	63
V. Differenzierter Überblick über die für das Staatsrecht relevanten Grundrechte	64
1. Grundstudium	64
2. Hauptstudium	64
VI. Kontrollfragen	66
B. Freiheitsgrundrechte in der Fallbearbeitung	66
I. Bezeichnung des Grundrechts	67
II. Schutzbereich	67
1. Persönlicher Schutzbereich	67
2. Sachlicher Schutzbereich	68
III. Eingriff in den Schutzbereich	69
1. Klassischer Eingriffsbegriff	69
2. Weiter Eingriffsbegriff	70
3. Grundrechtsverzicht	70
IV. Verfassungsrechtliche Rechtfertigung des Eingriffs	71
1. Grundrechtsschranken	71
a) Verfassungsunmittelbare Schranken	71
b) Verfassungsimmanente Schranken	72
c) Einfacher Gesetzesvorbehalt	72
d) Qualifizierter Gesetzesvorbehalt	72
2. Anforderungen an die Beschränkbarkeit	73
3. Schranken-Schranken	73
a) Besondere Verfassungsvorgaben	73
b) Allgemeine Verfassungsvorgaben	73
c) Verbot des Einzelfallgesetzes, Art. 19 Abs. 1 S. 1 GG	74
d) Zitiergebot, Art. 19 Abs. 1 S. 2 GG	75
e) Wesensgehaltsgarantie, Art. 19 Abs. 2 GG	75
f) Bestimmtheitsgrundsatz	75
C. Exkurs: Einschränkung von Freiheitsgrundrechten im Zuge der COVID-19-Pandemie	77

4. Kapitel.	Ausgewählte Grundrechte in der polizeilichen Fallbearbeitung	79
A.	Menschenwürde, Art. 1 GG	79
I.	Fälle	79
II.	Schutzbereich	79
1.	Persönlicher Schutzbereich	80
2.	Sachlicher Schutzbereich	80
III.	Eingriff in den Schutzbereich	83
IV.	Verfassungsrechtliche Rechtfertigung des Grundrechts- eingriffs	83
V.	Lösungshinweise zu den Fällen	83
VI.	Kontrollfragen	84
VII.	Exkurs: Menschenwürde als Grundlage der unveräußerlichen Menschenrechte (AEMR und EMRK)	84
B.	Allgemeine Handlungsfreiheit, Art. 2 Abs. 1 GG	86
I.	Fälle	86
II.	Schutzbereich	87
1.	Persönlicher Schutzbereich	87
2.	Sachlicher Schutzbereich	88
III.	Eingriff in den Schutzbereich	88
IV.	Verfassungsrechtliche Rechtfertigung des Grundrechtseingriffs	89
1.	Schranken	89
2.	Schranken-Schranken	90
V.	Lösungshinweise zu den Fällen	90
VI.	Kontrollfragen	92
C.	Allgemeines Persönlichkeitsrecht, Art. 2 Abs. 1 GG iVm Art. 1 Abs. 1 GG	92
I.	Fälle	93
II.	Schutzbereich	93
1.	Persönlicher Schutzbereich	94
2.	Sachlicher Schutzbereich	94
a)	Selbstbewahrung (Recht auf Privatsphäre)	94
b)	Selbstdarstellung	95
c)	Selbstbestimmungsrecht	95
III.	Eingriff in den Schutzbereich	98
IV.	Verfassungsrechtliche Rechtfertigung des Eingriffs	100
1.	Schranken	100
2.	Schranken-Schranken	100
V.	Lösungshinweise zu den Fällen	101
VI.	Kontrollfragen	102
D.	Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit, Art. 2 Abs. 2 S. 1 GG	102
I.	Fälle	103
II.	Schutzbereich	103
1.	Persönlicher Schutzbereich	103

2.	Sachlicher Schutzbereich	104
a)	Recht auf Leben	104
b)	Recht auf körperliche Unversehrtheit	104
III.	Eingriff in den Schutzbereich	104
1.	Recht auf Leben	104
2.	Recht auf körperliche Unversehrtheit	104
IV.	Verfassungsrechtliche Rechtfertigung des Eingriffs	105
1.	Schranken	105
2.	Schranken-Schranken	105
a)	Art. 102 GG	105
b)	Art. 104 Abs. 1 S. 2 GG	105
V.	Lösungshinweise zu den Fällen	106
VI.	Kontrollfragen	107
E.	Freiheit der Person, Art. 2 Abs. 2 S. 2 GG iVm Art. 104 GG	108
I.	Fälle	108
II.	Schutzbereich	109
1.	Persönlicher Schutzbereich	109
2.	Sachlicher Schutzbereich	109
III.	Eingriff	110
IV.	Verfassungsrechtliche Rechtfertigung des Eingriffs	110
1.	Schranken	110
2.	Schranken-Schranken	111
V.	Lösungshinweise zu den Fällen	113
VI.	Kontrollfragen	114
F.	Gleichheitsrecht, Art. 3 GG	115
I.	Fälle	115
II.	Schutzbereich	116
1.	Persönlicher Schutzbereich	116
2.	Sachlicher Schutzbereich	116
III.	Prüfung des allgemeinen Gleichheitssatzes	116
1.	Vorliegen einer Ungleichbehandlung	116
2.	Verfassungsrechtliche Rechtfertigung der Ungleich- behandlung	117
3.	Folgen der Verletzung des Gleichheitsgebots	118
a)	Ungleichbehandlung durch Gesetzgebung	118
b)	Ungleichbehandlung durch Verwaltung	119
c)	Ungleichbehandlung im Privatrechtsverhältnis	119
4.	Prüfungsschema	120
IV.	Prüfung der besonderen Gleichheitssätze des Art. 3 Abs. 2 und 3 GG	120
1.	Ungleichbehandlung und Rechtfertigung	120
2.	Prüfungsschema	123
V.	Lösungshinweise zu den Fällen	123
VI.	Kontrollfragen	124

G.	Glaubensfreiheit, Art. 4 Abs. 1 1. Var. GG	125
I.	Fälle	125
II.	Schutzbereich	125
	1. Persönlicher Schutzbereich	125
	2. Sachlicher Schutzbereich	126
III.	Eingriff in den Schutzbereich	126
IV.	Verfassungsrechtliche Rechtfertigung des Eingriffs	127
	1. Schranken	127
	2. Schranken-Schranken	127
V.	Lösungshinweise zu den Fällen	128
VI.	Kontrollfragen	128
H.	Gewissensfreiheit, Art. 4 Abs. 1 2. Var. GG	129
I.	Fall	129
II.	Schutzbereich	129
	1. Persönlicher Schutzbereich	129
	2. Sachlicher Schutzbereich	129
III.	Eingriff in den Schutzbereich	130
IV.	Verfassungsrechtliche Rechtfertigung des Eingriffs	130
	1. Schranken	130
	2. Schranken-Schranken	130
V.	Lösungshinweis zum Fall	130
VI.	Kontrollfragen	131
I.	Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis, Art. 10 GG	131
I.	Fälle	131
II.	Schutzbereich	131
	1. Persönlicher Schutzbereich	132
	2. Sachlicher Schutzbereich	133
	a) Briefgeheimnis	133
	b) Postgeheimnis	133
	c) Fernmeldegeheimnis	134
III.	Eingriff in den Schutzbereich	134
	1. Eingriff in Art. 10 GG	135
	2. Eingriff in andere Grundrechte	135
IV.	Verfassungsrechtliche Rechtfertigung des Grundrechtseingriffs	137
	1. Schranken	137
	2. Schranken-Schranken	137
V.	Lösungshinweise zu den Fällen	138
VI.	Kontrollfragen	140
J.	Recht auf Freizügigkeit, Art. 11 GG	140
I.	Fall	140
II.	Schutzbereich	140
	1. Persönlicher Schutzbereich	140
	2. Sachlicher Schutzbereich	141
III.	Eingriff in den Schutzbereich	142

IV.	Verfassungsrechtliche Rechtfertigung des Grundrechtseingriffs	142
1.	Schranken	142
2.	Schranken-Schranken	142
V.	Lösungshinweise zum Fall	143
VI.	Kontrollfragen	143
K.	Unverletzlichkeit der Wohnung, Art. 13 GG	143
I.	Fälle	144
II.	Schutzbereich	144
1.	Persönlicher Schutzbereich	145
2.	Sachlicher Schutzbereich	145
III.	Eingriff in den Schutzbereich	146
IV.	Verfassungsrechtliche Rechtfertigung des Grundrechtseingriffs	147
1.	Durchsuchungen gem. Art. 13 Abs. 2 GG	147
a)	Verfassungsrechtliche Anforderungen an den Inhalt eines Durchsuchungsbeschlusses	149
b)	Ausnahme vom Richtervorbehalt	149
2.	Technische Überwachungsmaßnahmen	151
a)	Wohnraumüberwachung zur Strafverfolgung	152
b)	Wohnraumüberwachung zur Gefahrenabwehr	153
c)	Spezialfall der Wohnraumüberwachung zur Gefahrenabwehr	155
d)	Pflicht zur parlamentarischen Kontrolle bei Wohnraumüberwachung	155
3.	Sonstige Maßnahmen	155
a)	Art. 13 Abs. 7 Hs. 1 GG	156
b)	Art. 13 Abs. 7 Hs. 2 GG	156
4.	Besonderheit	158
V.	Lösungshinweise zu den Fällen	159
VI.	Kontrollfragen	161
L.	Recht auf Eigentum, Art. 14 GG	161
I.	Fälle	161
II.	Schutzbereich	162
1.	Persönlicher Schutzbereich	162
2.	Sachlicher Schutzbereich	162
a)	Eigentum	163
b)	Erbrecht	167
III.	Eingriff in den Schutzbereich	167
IV.	Verfassungsrechtliche Rechtfertigung des Grundrechtseingriffs	169
V.	Lösungshinweise zu den Fällen	170
VI.	Kontrollfragen	172

M. Kommunikationsgrundrechte (Meinungs-, Informations- und Pressefreiheit), Art. 5 Abs. 1, 2 GG	172
I. Fälle	172
II. Schutzbereiche	173
1. Persönliche Schutzbereiche	173
2. Sachlicher Schutzbereich	173
a) Schutzbereich der Meinungsfreiheit (Art. 5 Abs. 1 S. 1 GG)	174
b) Schutzbereich der Informationsfreiheit (Art. 5 Abs. 1 S. 1 GG)	175
c) Schutzbereich der Pressefreiheit (Art. 5 Abs. 1 S. 2 GG)	175
III. Eingriff in den Schutzbereich	176
IV. Verfassungsrechtliche Rechtfertigung des Eingriffs	177
1. Schranken	177
a) „Allgemeine Gesetze“	177
b) „Gesetzliche Bestimmungen zum Schutze der Jugend“	178
c) „Recht der persönlichen Ehre“	179
2. Schranken-Schranken	179
V. Lösungshinweise zu den Fällen	180
VI. Kontrollfragen	181
N. Versammlungsfreiheit, Art. 8 GG	181
I. Fälle	181
II. Schutzbereich	181
1. Persönlicher Schutzbereich	182
2. Sachlicher Schutzbereich	182
III. Eingriff in den Schutzbereich	185
IV. Verfassungsrechtliche Rechtfertigung des Eingriffs	186
1. Schranken	186
2. Schranken-Schranken	188
V. Lösungshinweise zu den Fällen	188
VI. Kontrollfragen	189
O. Asylrecht, Art. 16a GG	189
I. Fälle	189
II. Schutzbereich	189
1. Persönlicher Schutzbereich	190
a) Der Begriff „Verfolgung“	190
b) Der Begriff „politisch“	190
c) Schutzbereichsbegrenzungen	191
2. Sachlicher Schutzbereich	191
III. Eingriff in den Schutzbereich	192
IV. Verfassungsrechtliche Rechtfertigung des Grundrechts- eingriffs	192
1. Schranken	192
2. Schranken-Schranken	192
V. Lösungshinweise zu den Fällen	193
VI. Kontrollfragen	193

5. Kapitel. Bearbeitung staatsrechtlicher Fragestellungen im Grundstudium	195
A. Arten staatsrechtlicher Aufgabenstellungen	195
I. Wissensfragen	195
II. Gutachtliche Überprüfung von polizeilichen Maßnahmen ...	196
B. Gutachtenstil	196
I. Abgrenzung Gutachtenstil und Urteilsstil	196
II. Anwendung des Gutachtenstils	197
C. Hinweise für die Klausurbearbeitung	198
I. Lesen der Aufgabenstellung und des Bearbeitervermerks	198
II. Lesen des Sachverhalts	199
III. Erstellen eines Lösungskonzepts	200
IV. Reinschrift der Klausurlösung	201
V. Verhältnis Gutachtenstil/Urteilsstil	202
VI. Umgang mit wiederholt auftretenden Prüfungspunkten	202
VII. Besonderheiten bei der Bearbeitung staatsrechtlicher Aufgabenstellungen	203
VIII. Anteil des Staatsrechts an der Klausur GS 2 im Bachelor- studiengang „Polizeivollzugsdienst“ an der HSPV NRW	203
IX. Abschließende allgemeine Hinweise für die Klausurbe- arbeitung	203
D. Klausur im Staatsrecht GS 2 mit Musterlösung	204
I. Sachverhalt und Aufgabenstellung	204
II. Lösung	206
1. Grobstrukturierung	206
2. Feinstrukturierung	207
3. Reinschrift	209
E. Klausur im Staatsrecht HS 2.2 mit Musterlösung	216
I. Sachverhalt und Aufgabenstellung	216
II. Lösung	217
1. Grobstrukturierung	217
2. Feinstrukturierung	217
3. Reinschrift	218
F. Aktenbearbeitung im Staatsrecht HS 2.2 mit Musterlösung	221
I. Sachverhalt und Aufgabenstellung	221
II. Lösung	223
1. Grobstrukturierung	223
2. Feinstrukturierung	224
3. Reinschrift	224
Stichwortverzeichnis	229